



Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Frau Niemeyer

Telefon: (0221) 221 23820

Fax: (0221)

E-Mail: Sabine.Niemeyer@STADT-KOELN.DE

Datum: 20.03.2023

Niederschrift

über die **13. Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 27.09.2022, 17:00 Uhr bis 18:58 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Frau Ursula Gärtner	CDU
Frau Mechthild Böll	GRÜNE
Herr Joachim Heinlein	Auf Vorschlag von GRÜNE
Frau Christine Seiger	GRÜNE
Herr Alexander Yohannes	Auf Vorschlag von CDU
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Sven Kaske	SPD
Frau Viola Recktenwald	SPD
Frau Sarah Niknamtavini	DIE LINKE Vertretung für Frau Röhrig

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Katja Hoyer	FDP Vertretung für Frau Houben
Herr Andrea Salis	Auf Vorschlag von Volt

Beratende Mitglieder

Herr Michael Winkler	Auf Vorschlag von AfD
Frau Elise Teitz	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Herr Yannik Breuer	Auf Vorschlag von CDU
Herr Dr. Gunther Quinkler	Auf Vorschlag von CDU
Herr Mario Schmitz	Auf Vorschlag von CDU
Herr Dr. Tobias Jacquemain	Auf Vorschlag von SPD
Herr Albert Nowak	Auf Vorschlag von Die Linke
Herr Robert Gaida	Auf Vorschlag von FDP

Frau Rahab Njeri	Auf Vorschlag von KLIMA FREUNDE
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Sophie Sängler	Auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Herr Volker Scherzberg	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Henk Benthem van	CDU
Frau Uschi Röhrig	DIE LINKE
Frau Bettina Houben	Auf Vorschlag von FDP

Beratende Mitglieder

Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Jürgen Medenbach	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Ralf Sartoris-Daubenbüchel	Auf Vorschlag von Grüne
Herr Werner Kircher	Auf Vorschlag von SPD
Frau Christian Robyns	Auf Vorschlag von SPD
Herr Eike Steinke	Auf Vorschlag von Volt
Herr Musa Yüceel	Auf Vorschlag des Integrationsrates

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Kathrin Balke	Auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Herr Dr. Dr. Rainer Broicher	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Luziano Gonzalez Tejon	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Herr Heinz-Peter Bourry	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Antrag der SPD-Fraktion auf Aktuelle Stunde, betreffend: "Pflegerotstand in Köln: Fachkräftemangel und fehlende Pflegeplätze"
AN/1651/2022

Mündlicher Bericht über den aktuellen Sachstand der SARS-CoV-2 Pandemie

Mündlicher Bericht zum Umgang mit der Ukrainekrise

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 2.1 Beantwortung einer Nachfrage zur Antwort der Verwaltung auf die Anfrage "Plätze mit besonderem Handlungsbedarf: Trotz Eröffnung des Drogenkonsumraumes mehr statt weniger Probleme am Neumarkt"
2687/2022
- 2.2 Beantwortung der Anfrage zu Schuleingangsuntersuchungen (AN/1406/2022) für das Schuljahr 2022/23
2695/2022
- 2.3 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zum Krankenhausplan 2022
- 2.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 29.03.2022 zur Versorgung der Kölner Bevölkerung mit stationären Pflegeplätzen
1620/2022
- 2.5 Beantwortung einer Anfrage betreffend "Zwangsräumungen bei psychisch erkrankten Menschen - Bedarf an Wohneinrichtungen"
2685/2022

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Einflussnahme der kommunalen Gesundheitskonferenz Köln auf die Krankenhausplanung NRW 2022"
AN/1636/2022

Beantwortung der Anfrage: "Einflussnahme der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln auf die Krankenhausplanung NRW 2022"
3052/2022

- 3.2 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Personalkapazitäten und Stellenbesetzungen auf neurologischen Intensivstationen"
AN/1637/2022

Beantwortung der Anfrage: "Personalkapazitäten und Stellenbesetzungen auf neurologischen Intensivstationen (AN/1637/2022)"
3074/2022

- 3.3 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Schuleingangsuntersuchungen"
AN/1676/2022

Beantwortung der Anfrage: "Schuleingangsuntersuchungen"
3154/2022

- 3.4 Anfrage der Fraktion Die Fraktion betreffend "72 Stunden ohne Strom - kein Problem"
AN/1683/2022

Beantwortung der Anfrage: "72 Stunden ohne Strom - kein Problem"
3151/2022

- 3.5 Anfrage der FDP.Fraktion betreffend: "Sprunghafter Anstieg der Drogentoten in NRW"
AN/1672/2022

Beantwortung der Anfrage AN/1672/2022:: "Sprunghafter Anstieg der Drogentoten in NRW"
3167/2022

- 3.6 Anfrage der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen und Volt betreffend "Rechte Retter" in Köln, Berichterstattung in der Taz vom 17.09.2022
AN/1684/2022

Stellungnahme zur Berichterstattung der TAZ vom 16.09.2022
3142/2022

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 4.1 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Liberalisierte Drogenpolitik – Chancen für den Neumarkt und weitere Plätze mit besonderem Handlungsbedarf nutzen"
AN/2617/2021

5 Beschlussvorlagen

- 5.1 Verlängerung des Projektes "Guter Lebensabend NRW"
2913/2022
- 5.2 Brandschutzbedarfsplan der Stadt Köln 2022 - 2027
1352/2022

6 Mitteilungen

- 6.1 Evaluation der kommunalen Seniorenprogramme der Stadt Köln
1468/2022

- 6.2 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Bürgereingabe gem. § 24 GO NRW bezüglich strategischer Maßnahmen zur Reduzierung des Fachpersonalmangels in der ambulanten und stationären Kinderkrankenpflege bei den Kliniken der Stadt Köln sowie bei ambulanten Trägern
2950/2022
- 6.3 Vierter Sachstandsbericht zur Umsetzung des Konzeptes zur Förderung des Ehrenamtes in der Freiwilligen Feuerwehr Köln aus Oktober 2018
3106/2022
- 7 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna verpflichtet die neuen Kollegen:

- Neubesetzung Sachkundige Einwohner*in der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Neu: Herr Ralf Sartoris-Daubenbüchel Bisher: Frau Mechthild Böll
- Neubesetzung Ratsmitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Neu: Frau Mechthild Böll Bisher Frau Marion Heuser
- Neubesetzung Ratsmitglied der SPD-Fraktion
Neu: Frau Polina Frebel Bisher: Herr Michael Paetzold

Herr Sartoris-Daubenbüchel war nicht anwesend und wird in der nächsten Sitzung verpflichtet werden.

Die Punkte 3.2, 3.5, 4.1 und 5.2 werden in die nächste Sitzung verschoben.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig, ohne Gegenstimme und Enthaltung, angenommen.

Antrag der SPD-Fraktion auf Aktuelle Stunde, betreffend: "Pflegerotstand in Köln: Fachkräftemangel und fehlende Pflegeplätze"

AN/1651/2022

RM Frau Recktenwald erläutert den Antrag der SPD. Welche Auswirkungen die steigenden Energiekosten haben werden sei aktuell noch unklar. Man begrüße es, dass das Impulspapier „Kölner Kompass Pflege“ als Mitteilung am 22.09.2022 im Ausschuss für Soziales, Senioren und Seniorinnen einzusehen war. Viele Maßnahmen halte man für sinnvoll. Teilweise dauere es über ein Jahr bis qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland in Köln Ihre Arbeit aufnehmen könnten.

Die Verwaltung wird gebeten, darzustellen:

- Wie ist der weitere Ablauf geplant?
- Wie viele Mitarbeitende kümmern sich derzeit um die Bearbeitung von drohenden Abschiebungen von Pflegehelfer*innen?
- Sind diese Stellenbedarfe auch im Stellenplan für 2023/24 angemeldet?
- Krankenstand und Stellenvakanzen.
- Konkrete Zielsetzungen und Zahlen bzgl. der Anzahl der Pflegekräfte, die durch die Maßnahmen gewonnen werden könnten?
- Anzahl der Pflegekräfte, die ihre Tätigkeit aufgeben
- Ob durchgeführte Maßnahmen perspektivisch zum Verbleib motivieren können?

Sie bedanke sich für die Beantwortung der Fragen und hoffe, dass die Verwaltung alles unternehme, um dem Pflegenotstand entgegenzuwirken.

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau, sei ihr dankbar dafür, dass das Thema für so wichtig erachtet werde, er selber habe den Pflegenotstand in Köln ausgerufen. Die Kölner Versorgung sei beeinträchtigt. Vor diesem Hintergrund habe er vor ca. 2 Jahren das Projekt Zukunft Pflege Köln ins Leben gerufen. Es bestehe aus 3 Unterthemen:

1. Personal: Wie gewinne und erhält man Personal, wie mache man die Pflege attraktiv?
2. Flächen und Immobilienkonsequenzen: Wie kann in Quartieren besser gepflegt werden und die Ansiedlung von Pflegekräften gestärkt werden?
3. Innovation: AAL (Ambient Assisted Living) Wie könnten smart home Technologien zur Verlängerung des Aufenthaltes der Menschen in ihrem Wohnumfeld verwendet werden?

In allen drei Bereichen wird trägerübergreifend gearbeitet. Im Sozialamt wurden ursprünglich zwei Stellen dafür genutzt. Wegen der Ukraine-Krise ergab sich ein neuer Personalengpass.

Die Frage, wie viele Pflegekräfte gewonnen werden müssten, wird über kommerzielle oder frei gemeinnützige Organisationen organisiert. Demnach ist keine valide Antwort hierzu möglich. Über die Entwicklung wird Hr. Dr. Rau dennoch regelmäßig in den Ausschüssen informieren.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr Köln, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner ergänzt, dass die Situation in den Kölner Krankenhäusern bzgl. der Pflege „extrem angespannt“ sei. Er berichtet über Abmeldungen von Intensivstationen und temporären Aufnahmestopps in einzelnen Krankenhäusern. Es gäbe regelmäßig gemeinsame Besprechungen mit den Krankenhäusern um den Personalmangel und die medizinische Versorgung bestmöglich zu gewährleisten.

RM Frau Böll fasst zusammen, man habe in der Gesellschaft 2 gegenläufige Entwicklungen, die den Begriff Pflegenotstand rechtfertigten. Sie verweist zum einen auf den Renteneintritt der Babyboomer und deren Pflegebedürftigkeit in den nächsten 20 oder 30 Jahren und zum anderen auf die abnehmende Zahl der Pflegekräfte. Aktuell spitze sich die Lage in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen wie von Vorredner dargestellt zu. Die Antwort auf diese Problemspirale sei, die Pflege neu zu definieren. Der Mangel sollte neu verwaltet werden. Die generalistische Pflegeausbildung birge große Chancen. Pflegekräfte würden einen neuen Pflegeansatz lernen. Man würde Pflegekräfte mit einem ganz anderen Pflegeverständnis kennenlernen. Sie habe die Hoffnung, dass von gut ausgebildeten Pflegekräften echte Innovationen ausgehen würden. Es sei keine vollständige Lösung auf kommunaler Sicht möglich. Hier in Köln könne man vielleicht daran arbeiten, dass der Pflegeberuf wieder attraktiver würde. Die Einstellung ausländischer Pflegekräfte könne auch nicht die Lösung sein. Gleichwohl könne man immer wieder versuchen, die Integrationsmöglichkeiten zu verbessern und zu optimieren. Ebenso müsse man sich sehr gut um die Auszubildenden kümmern. Es gäbe viele viele Aspekte bei diesem Thema, die angegangen werden sollten, lediglich ein paar könne man hier in Köln angehen.

RM Frau Gärtner verweist u.a. auf fehlende Pflegeplätze. Es wäre eine Attraktivierung der Pflegeberufe nötig. Ein Wechsel der Situation finde zu langsam statt. Alle Parteien

müssten gemeinsam an dem Thema arbeiten und versuchen, dass es nicht zu einem parteipolitischen Problem würde.

SB Frau Hoyer berichtet über Anrufe, in denen nach Pflegeplätzen für Angehörige gefragt würde. Die stationären Plätze würden zurückgebaut. In den bestehenden Quartieren müssten Möglichkeiten geschaffen werden, innovativ vorzugehen. Das ganz wesentliche sei eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

SE Herr Nowak schildert die Ausbildungssituation, und dass nicht nur auf die Stellenanzahl, sondern auch auf die Qualität der Arbeit geachtet werden müsse. Eine Verkürzung der Ausbildung stelle auch einen Qualitätsverlust dar. Man finde nicht genügend Einsatzorte für die jetzt gesteigerte Anzahl der Pflegekräfte. Es solle nicht nur über Kapazitäten sondern auch über Pflegequalität geredet werden. Die Pflegequalität leide massiv und würde weiter abgebaut. Der Bereich der Altenpflege würde stark vernachlässigt.

RM Frau Recktenwald weist den Vorwurf, es würde Parteipolitik betrieben, zurück. Sie schlägt vor, in einem halben Jahr über den Fortgang des Projektes zu berichten.

Die Erörterung des Themas wird abgeschlossen mit dem Beschluss, dass das Thema bis auf Weiteres ausdiskutiert wurde.

Verschiedene mögliche Maßnahmen wurden vorgestellt und es fand eine ausgiebige Diskussion statt. In sechs Monaten soll das Thema erneut aufgerufen werden.

Mündlicher Bericht über den aktuellen Sachstand der SARS-CoV-2 Pandemie

Mündlicher Bericht zum Umgang mit der Ukrainekrise

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau, fasst zusammen, man sehe im Bereich Covid momentan „keine aktuelle Dramatik.“ Man sei zuversichtlich, dass die erworbene Grundimmunsierung in der Bevölkerung protektiv sei.

Zum Umgang mit der Ukrainekrise führt er aus, dass die gesundheitliche Situation hinsichtlich der Somatik „nicht dramatisch sei“, psychisch sehe das anders aus. Landes-/NRW-weit nähmen die Turnhallenbelegungen wieder zu. Angesichts der täglich steigenden Zahlen werde die Situation schwieriger. Es werde befürchtet, dass zum Ende der KW 40 die Kapazitäten in Köln ausgeschöpft seien. Die Bedeutung der Flüchtlingssituation werde in Köln wie auch in NRW und wie wahrscheinlich auch in Deutschland deutlich zunehmen.

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen ergänzt die wesentlichen Punkte von Herrn Dr. Rau durch die Präsentation **Medizinische Lage Covid19 MPXV 2022-09-27-Gesundheitsausschuss (siehe anbei)**. Er berichtet, dass die aktuelle Inzidenz wieder steige, auch der R-Wert liege über 1, was bedeute, dass die Infektionen zunähmen. Die Affenpocken gingen deutlich zurück. Der Dreiklang: Testen – Impfen – Masken würde die Kölner Bevölkerung gut durch den Herbst bringen. Bei den Long-Covid-Fällen gingen 6 % über sechs Monate hinaus, wobei die Symptome durch eine Impfung weniger stark auftreten würden.

Zur medizinischen Lage der Flüchtlinge aus der Ukraine berichtet Herr Dr. Nießen, dass mit 11 Teams in den Unterkünften die Beratung und Versorgung organisiert wür-

de und die Herausforderungen maßgeblich im Bereich der ambulanten Versorgung lägen. 265 Patienten, davon 18 Kriegsverletzte seien stationär behandelt worden. Beim Tuberkulosescrining wurden 2 Fälle entdeckt und einer Behandlung zugeführt. Der Medibus würde auch als Impfbus genutzt und es würden nicht nur die Covid-19 Impfung sondern auch die Schutzimpfungen angeboten.

SE Frau Grimbach-Schmalfuß fragt nach der Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der letzten Sitzung von Herrn Dr. Dr. Broicher. Diese beinhaltete die Frage nach den Gründen der nicht adäquaten Unterbringung behinderter ukrainischer Flüchtlinge.

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau, antwortet, der primäre Grund sei das nicht ausreichende Vorhandensein geeigneter Immobilien. Auch jenseits der Flüchtlingssituation gebe es zu wenig barrierearme Unterbringungsmöglichkeiten.

SE Frau Grimbach-Schmalfuß wirft ein, man müsse sich dem Thema annehmen, es käme auch auf unterschiedliche Behinderungen an und vielleicht gäbe es eine Aufstellung, über die Menge oder die Art wieviel Flüchtlinge behindert seien.

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau, antwortet man habe keine Erfassung.

Zur Kenntnis genommen.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Beantwortung einer Nachfrage zur Antwort der Verwaltung auf die Anfrage "Plätze mit besonderem Handlungsbedarf: Trotz Eröffnung des Drogenkonsumraumes mehr statt weniger Probleme am Neumarkt" 2687/2022

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau, ergänzt etwas zur Ausweitung der Öffnungszeiten. Der Drogenkonsumraum sei zurzeit an 5 Tagen die Woche bis 18.30 Uhr geöffnet. Er weist darauf hin, dass die verlängerten Öffnungszeiten derzeit über Überstunden realisiert würden. Im Haushaltsplan sei nicht berücksichtigt, dass die erweiterte Öffnungszeit dauerhaft aufrechterhalten werden könne, quasi beauftragt und finanziert sei eine Öffnungszeit bis 16.30 Uhr.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna „übersetzt das“ als Hilferuf an alle Fraktionen sich für die Haushaltsfinanzierung einzusetzen.

Zur Kenntnis genommen.

2.2 Beantwortung der Anfrage zu Schuleingangsuntersuchungen (AN/1406/2022) für das Schuljahr 2022/23 2695/2022

Zur Kenntnis genommen.

2.3 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zum Krankenhausplan 2022

Frau Dr. Noll, Dezernat 24 – Medizin der Bezirksregierung Köln erläutert die Präsentation **Krankenhausplanung NRW 09-22 (siehe anbei)**

Die Umsetzung des im April vorgestellten Krankenhausplanes NRW 2022 habe begonnen. Die Hauptpunkte des neuen Krankenhausplanes seien eine Abkehr von der bisherigen Fachgebietsstruktur zur Leistungsgruppensystematik, die deutlich feiner aufgliedert sei. Dieses Verfahren würde von der Bezirksregierung aktiv begleitet.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna hat eine Frage zu der Folie „Umsetzung des neuen Krankenhausplans“ zum Kästchen MAGS (*Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales*) prüft und entscheidet.

Frau Dr. Noll Dezernat 24 – Medizin der Bezirksregierung Köln entgegnet man würde versuchen, sich zu einigen und einen möglichst großen Konsens zu erreichen. Wenn Krankenhäuser ihre Hausaufgaben nicht erfüllen würden, könne auch mal eine Entscheidung gegen ein Krankenhaus fallen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna konstruiert einen theoretischen beispielhaften Fall: Ein Haus habe eine kleine Thoraxchirurgie. Es gäbe genug Thoraxchirurgien im Regierungsbezirk Köln mit großen Playern, die einen hohen qualitativen und quantitativen Anspruch und Durchsatz hätten und nun würde festgestellt, dass das kleine Haus mit einer 2-Mann Thorax Chirurgie den Anforderungen nicht genüge, aber das Haus möchte es weiter machen. Hätten Sie sozusagen die rechtliche Handhabe die Thoraxchirurgie zuzumachen?

Frau Dr. Noll, Dezernat 24 – Medizin der Bezirksregierung Köln antwortet man würde zuerst einmal versuchen das mit dem Krankenhaus zu klären. Zur Not müsse versucht werden, die Qualitätsanforderungen in irgendeiner Form zu erfüllen. Für eine Thoraxchirurgie benötige man 3 Thoraxchirurgen und eine bestimmte Anzahl an Fällen (Expertise), die möglichst schon erbracht wurden. Wenn die Qualitätsvoraussetzungen gegeben wären, sehe man keinen Grund die Thoraxchirurgie zuzumachen. Dies wären Punkte, die in den Regionalkonferenzen geklärt werden müssten. Bevor etwas geschlossen würde, würde immer versucht, einen Kompromiss zu finden.

SE Herr Nowak gibt zu bedenken, ob nicht Maximalversorger deutliche Vorteile hätten. Maximalversorger würden die Kriterien leichter erfüllen können. Könnte es sein, dass im Bereich Nordrhein eine fiktive Zahl von 8 Herzchirurgen vorgehalten werden müsste, in einem anderen Bereich seien es 6, 7 oder 9?

Frau Dr. Noll, Dezernat 24 – Medizin der Bezirksregierung Köln informiert, die Vorschriften würden für das gesamte Land NRW gelten. Größere Krankenhäuser hätten es deutlich leichter. Unterhalb von 3 Fachärzten würde man keinen vernünftigen Hintergrunddienst organisieren können, 3 wäre schon „verdammst knapp.“

SE Herr Nowak wirft ein, im Vergleich zum Erfassungszeitraum von den letzten 2 Jahren hätte wegen der Covid-Pandemie vor allem eine deutliche Leistungseinschränkung stattgefunden. Inwiefern wurde das mitbedacht?

Frau Dr. Noll, Dezernat 24 – Medizin der Bezirksregierung Köln erklärt deswegen sei das Jahr 2019 als Grundlage gewählt worden. 2019 war vor der Pandemie und 2020 habe man zum Vergleich noch hinzugezogen. Wenn die Krankenhäuser in den Folgejahren „was ganz tolles“ gemacht hätten, könnten sie das dazuschreiben und es würde berücksichtigt.

SE Herr Nowak möchte wissen inwieweit man bedacht hätte, was mit dem nicht-ärztlichen Personal passieren würde, wenn z. B. Stationen geschlossen würden?

Frau Dr. Noll Dezernat 24 – Medizin der Bezirksregierung Köln prognostiziert es würde wahrscheinlich zu einer Personalverschiebung kommen und das müsse dann natürlich auch im Rahmen der regionalen Planungskonzepte mitbedacht werden.

SE Herr Dr. Quinkler fragt welche Verkehrsmittel bei der Erreichbarkeit in Minuten in der Planung zugrunde gelegt worden.

Frau Dr. Noll Dezernat 24 – Medizin der Bezirksregierung Köln antwortet es würde in der Regel das Auto zugrunde gelegt, es seien Autominuten.

RM Frau Recktenwald möchte fragen, ob der Sachverhalt auch für psychiatrische Kliniken dargestellt werden könne.

Frau Dr. Noll, Dezernat 24 – Medizin der Bezirksregierung Köln informiert, die Pflichtversorgung gelte erstmal nur fürs PsychKG, für die psychiatrische Versorgung würde sich nicht viel ändern.

SE Frau Grimbach-Schmalfuß fragt inwieweit die Behinderung in der Planung berücksichtigt würde?

Frau Dr. Noll, Dezernat 24 – Medizin der Bezirksregierung Köln sagt, der Punkt stünde explizit im Plan und würde mehr als in der Vergangenheit berücksichtigt werden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna bedankt sich für den Vortrag und schlägt vor, sie solle im nächsten Jahr vor der Sommerpause nochmal vorbeikommen.

Zur Kenntnis genommen.

2.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 29.03.2022 zur Versorgung der Kölner Bevölkerung mit stationären Pflegeplätzen 1620/2022

Zur Kenntnis genommen.

2.5 Beantwortung einer Anfrage betreffend "Zwangsräumungen bei psychisch erkrankten Menschen - Bedarf an Wohneinrichtungen" 2685/2022

RM Frau Recktenwald bedankt sich für die Antwort. 34 Plätze in ganz Köln komme ihr relativ wenig vor. Sie möchte wissen, ob es daran liege, dass es zu wenig Immobilien und bzw. oder zu wenig Mitarbeiter*innen gäbe?

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau, hält fest, dass die Antwort schriftlich nachgereicht werde.

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen ergänzt, man habe die Anfrage an den LVR zur Beantwortung weitergegeben und müsse daher auch dort die Beantwortung erfragen.

Die Anfrage soll an den LVR weitergegeben werden und anschließend schriftlich beantwortet werden.

Es ist eine Nachfrage beim LVR nötig.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**3.1 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Einflussnahme der kommunalen Gesundheitskonferenz Köln auf die Krankenhausplanung NRW 2022"
AN/1636/2022**

Durch Beantwortung mit der Vorlage 3052/2022 erledigt.

**Beantwortung der Anfrage: "Einflussnahme der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln auf die Krankenhausplanung NRW 2022"
3052/2022**

Zur Kenntnis genommen.

**3.2 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Personalkapazitäten und Stellenbesetzungen auf neurologischen Intensivstationen"
AN/1637/2022**

Zurückgestellt zur Wiedervorlage in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses am 22.11.22

**Beantwortung der Anfrage: "Personalkapazitäten und Stellenbesetzungen auf neurologischen Intensivstationen (AN/1637/2022)"
3074/2022**

**3.3 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Schuleingangsuntersuchungen"
AN/1676/2022**

Durch Beantwortung mit der Vorlage 3154/2022 erledigt.

**Beantwortung der Anfrage: "Schuleingangsuntersuchungen"
3154/2022**

SB Frau Hoyer stellt dar, es sei unglücklich, dass die Nachuntersuchungen für die Schülerinnen von 2021 nicht mehr stattfinden könnten. Sie hat zu Frage 3 eine Anmerkung. Das Lüften finde in den ärztlichen Praxen nicht statt. Dies sollte geändert werden. Sie bittet um Darlegung des aktuellen Sachstands.

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen antwortet, man habe die Anregungen vom letzten Mal mitgenommen und versuche, dass es deutschlandweit möglichst einheitlich geregelt würde. Man müsse sich an das Landeszentrum für Gesundheit in Bochum wenden. Nach Rücksprache mit dem Robert-Koch-Institut würde das LZG die einheitlichen Empfehlungen weitergeben. Momentan erfolgt die Handhabung unterschiedlich, die Beantwortung soll in der nächsten Ausschusssitzung erfolgen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna hält fest, es gäbe einen Instanzenweg fürs Lüften. Man würde beim nächsten Mal nochmal nachfragen.

Zur Kenntnis genommen.

**3.4 Anfrage der Fraktion Die Fraktion betreffend "72 Stunden ohne Strom - kein Problem"
AN/1683/2022**

Durch Beantwortung mit der Vorlage 3151/2022 erledigt.

**Beantwortung der Anfrage: "72 Stunden ohne Strom - kein Problem"
3151/2022**

Zur Kenntnis genommen.

**3.5 Anfrage der FDP.Fraktion betreffend: "Sprunghafter Anstieg der Drogentoten in NRW"
AN/1672/2022**

Zurückgestellt zur Wiedervorlage in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses am 22.11.22.

**Beantwortung der Anfrage AN/1672/2022:: "Sprunghafter Anstieg der Drogentoten in NRW"
3167/2022**

Zurückgestellt zur Wiedervorlage in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses am 22.11.22

**3.6 Anfrage der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen und Volt betreffend "Rechte Retter" in Köln, Berichterstattung in der Taz vom 17.09.2022
AN/1684/2022**

Durch Beantwortung mit der Vorlage 3142/2022 erledigt.

**Stellungnahme zur Berichterstattung der TAZ vom 16.09.2022
3142/2022**

Der Leiter der Berufsfeuerwehr Herr Dr. Miller nimmt aus Sicht der Feuerwehr zum Bericht der TAZ Stellung. Er sagt man wäre tief getroffen und erschüttert gewesen, weil dort Vorwürfe gegen die Johanniter Unfallhilfe und die Malteser erhoben worden wären, die einen rassistischen, diskriminierenden Hintergrund hätten. Man wurde im Vorfeld von den Johannitern über die Recherche in Kenntnis gesetzt. Er hätte letzte Woche den neuen Geschäftsführer der Johanniter Unfallhilfe e. V., Herrn Mainzer, um lückenlose Aufklärung gebeten. Der Konjunktiv würde gewählt weil der Feuerwehr keine derartigen Hinweise/Beschwerden vorliegen würden. Wenn sie vorliegen würden, dann würden sofort Maßnahmen ergriffen werden, um diesem nachzugehen. Schon lange vor dem TAZ Artikel hätte man Maßnahmen ergriffen, um diesen Themenkreis präventiv zu begegnen. Mit Themenkreis wäre jede Art von Diskriminierung und unangemessener personenverletzender Art und Weise sowohl im Innen- als auch im Außenverhältnis gemeint. Des Weiteren sollten die Verantwortlichen sicherstellen, dass es auch präventive Maßnahmen in Ihrem Bereich geben würde. Es sollten Maß-

nahmen ergriffen werden, dass solche Dinge schnellstmöglich abgestellt würden. Er ist der Meinung und er sähe sich auch persönlich in der Pflicht, adäquat und schnell auf diese Dinge zu reagieren und sie schnellstmöglich wieder abzustellen. Seine Mitarbeiter sähen sich zum Teil unter Generalverdacht gestellt. Er gibt zu bedenken, selbst wenn es einzelne gäbe, die solche Haltungen zeigen würden, wären es niemals alle und schon gar nicht eine ganze Organisation. Es sei wichtig, solche Organisationen und hier wären explizit die Hilfsorganisationen und Vertragspartner*innen im Rettungsdienst mit eingenommen, nicht unter Generalverdacht zu stellen. In diesem Sinne schnellstmögliche Kenntnis von solchen Vorfällen, schnellstmögliche Aufklärung und schnellstmögliche Gegenreaktion. In prospektiver Hinsicht seien präventive sensibilisierende Maßnahmen erfolgt. Nächstes Jahr würde es ein umfangreiches Programm zur Schulung und Sensibilisierung von Führungskräften und Einsatzkräften geben. Man habe im Ehrenamt auch weitreichende Bereiche, die aufklärten, politische Bildung betrieben, sensibilisieren, antidiskriminierend und Rassismus präventiv wirken.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna bedankt sich bei Herrn Dr. Miller für die klaren Worte und möchte Herrn Dr. Miller sein Vertrauen aussprechen.

SB Frau Hoyer regt an, die Stellungnahme auch in den Integrationsrat zu geben.

SB Herr Salis bedankt sich für die schnelle Antwort. Man habe mit der Anfrage niemand unter Generalverdacht stellen wollen. Es wäre sehr wichtig, dass das aufgearbeitet würde. Die Kontaktstelle der Feuerwehr wäre schon erwähnt worden und er würde es sehr schade finden, dass diese nicht bekannt gewesen wäre. Wie könne in Zukunft sichergestellt werden, dass sich an diese Kontaktstelle auch Dienstleistende, die nicht der Feuerwehr angehören, hinwenden? Vor allem hätte sie auch den Schwerpunkt für Auszubildende. Ob bei der Feuerwehr trotzdem auch bekannt wäre, dass diese Ansprechstelle auch für jeden eine Ansprechstelle wäre?

Der Leiter der Berufsfeuerwehr Herr Dr. Miller antwortet, grundsätzlich stehe die Kontaktstelle sozialrechtliche Angelegenheiten allen Mitarbeiter*innen offen. Wenn aus anderen Bereichen wie z. B. den Hilfsorganisationen Hinweise kämen, dann würde die Stelle diese aufnehmen und sie würden mit den Personalverantwortlichen aufgearbeitet. Sie wäre sehr niederschwellig eingerichtet worden, es gäbe keine organisatorischen Hürden. Der Hinweis auf die Auszubildenden sei erfolgt weil die Auszubildenden in einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis stünden. Wenn es dort zu Verdachtsfällen käme, dann wäre die Hürde für den Auszubildenden noch höher als für einen langjährigen Mitarbeiter. Die Vorwürfe richteten sich gegen die Johanniter Unfallhilfe. Die von der TAZ erwähnten Vorfälle bezögen sich auf das Jahr 2020. Die Johanniter Unfallhilfe hätte die Feuerwehr nicht von den Vorwürfen in Kenntnis gesetzt. Dies habe der jetzige Regionalvorstand in seinem Schreiben vom 17.09.2022 nochmal schriftlich bekräftigt.

Zur Kenntnis genommen.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Liberalisierte Drogenpolitik – Chancen für den Neumarkt und weitere Plätze mit besonderem Handlungsbedarf nutzen" AN/2617/2021

Zurückgestellt zur Wiedervorlage in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses

ses am 22.11.22.

5 Beschlussvorlagen

5.1 Verlängerung des Projektes "Guter Lebensabend NRW" 2913/2022

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt unter dem Vorbehalt der Förderung aus Projektmitteln des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen eine **Verlängerung** der **Teilnahme** der Stadt Köln am Landesprogramm „Guter Lebensabend NRW“ für die Zeit vom **01.01.2023 - 31.12.2023** mit einem **Gesamtprojektvolumen** in Höhe von **127.715,80 €**.

Die Finanzierung des zu leistenden kommunalen Eigenanteils in Höhe von 25.543,16 € im Haushaltsjahr 2023 erfolgt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2023 aus dem Budget des Dezernates für Soziales, Gesundheit und Wohnen aus dem im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, Zeile 15, Transferaufwendungen, für das Haushaltsjahr 2023 hierfür veranschlagten Mitteln.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

5.2 Brandschutzbedarfsplan der Stadt Köln 2022 - 2027 1352/2022

Zurückgestellt zur Wiedervorlage in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses am 22.11.22.

6 Mitteilungen

6.1 Evaluation der kommunalen Seniorenprogramme der Stadt Köln 1468/2022

SB Herr Heinlein hat nicht verstanden, ob diese Evaluation zu Erkenntnissen geführt habe.

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau, berichtet, man habe erkannt, dass es in Köln einige Seniorenprogramme gäbe. Die Systematik, die der Bericht erkennen ließe, „ist was richtig Gutes“. Man würde auch auf Schwächen hingewiesen, das „Seniorenprogramm haushaltsnahe Dienstleistungen“ beispielsweise funktioniere zu wenig bis gar nicht.

Der Bericht stelle die Innensicht dar, d.h. es seien viele Nutzende befragt, jedoch nicht die Nichtnutzenden, Nichterreichten befragt worden. Ein zukünftiger Bericht solle diese Sicht stärker darstellen.

Zur Kenntnis genommen.

6.2 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Bürgereingabe gem. § 24 GO NRW bezüglich strategischer Maßnahmen zur Reduzierung des Fachpersonal-

mangels in der ambulanten und stationären Kinderkrankenpflege bei den Kliniken der Stadt Köln sowie bei ambulanten Trägern 2950/2022

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna sagt zu, das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Aufsichtsratssitzung der Kliniken zu setzen. Es würde ein riesengroßes Thema werden, ähnlich einzuordnen wie Schulbau.

RM Frau Gärtner sagt, es wäre angekommen, dass die Petenten teilweise wohl etwas pikiert gewesen seien, dass man diesen Beschluss gefasst habe. Es sei eine Frage der Zuständigkeit. Sie möchte betonen, dass jede Anregung gerne aufgenommen werde. Es sei ein Thema, was in den Aufsichtsrat der Kliniken gehöre weil es ein eigenständiges Unternehmen sei und nicht weiter in diesem Ausschuss beraten werden könne.

SE Herr Nowak wollte sich nochmal persönlich für die Eingabe bedanken und glaubt das sie wichtig sei, was auch die aktuelle Stunde gezeigt habe. Er finde es schade, dass es vermutlich keine direkte Konsequenz aus der Eingabe geben würde. Er habe noch eine kleine inhaltliche Anmerkung es wäre mehrfach von Schüler*innen die Rede gewesen, was die Ausbildung angehe, seien es Auszubildende, das solle noch in der Verwaltung aufgenommen werden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna informiert, das Thema mit seinen möglichen Konsequenzen würde im nicht-öffentlichen Gremium des Aufsichtsrats der Kliniken diskutiert.

Zur Kenntnis genommen.

6.3 Vierter Sachstandsbericht zur Umsetzung des Konzeptes zur Förderung des Ehrenamtes in der Freiwilligen Feuerwehr Köln aus Oktober 2018 3106/2022

RM Ursula Gärtner möchte nochmal betonen, die Freiwilligen Feuerwehren würden sich seitdem aufgewertet fühlen. Sie stellt dar, es wäre ein 7-stelliger Fonds angelegt worden, aus dem die Freiwilligen Feuerwehren Mittel für Ihre Arbeit beantragen könnten. Sie würde interessieren wieviel Mittel daraus verausgabt wären und Typen von Maßnahmen sollten mitgeteilt werden. Dies solle schriftlich erfolgen.

Der Leiter der Berufsfeuerwehr Herr Dr. Miller möchte betonen, er habe vor, die Freiwillige Feuerwehr noch enger in die Gefahrenabwehrplanung der gesamten Feuerwehr einzubinden. Der aktuelle Brandschutzbedarfsplan, der eigentlich heute hätte behandelt werden sollen, sei ein ganz wichtiges strategisches Mittel, um die Integration der Freiwilligen Feuerwehr und der Berufsfeuerwehr umzusetzen.

Diese Finanzmittel seien investiv veranschlagt worden, d.h. alle Beteiligungen, die mit der Freiwilligen Feuerwehr gemacht würden, um diese Mittel auszugeben wären nicht möglich, weil es konsumptive Mittel gewesen wären. Es wurde vor kurzem ein großes Paket geschnürt, um diese Mittel investiv auszugeben.

Von den Mitteln, die investiv veranschlagt worden, seien momentan noch keine Mittel abgeflossen weil alle erhaltenen Vorschläge konsumtiv gewesen wären.

Zur Kenntnis genommen.

7 Mündliche Anfragen